

Tokjo vermittelt keine Jobs mehr

Langenthal Die Kinder- und Jugendfachstelle hat ihre Jobbörse eingestellt. Aber nicht etwa weil die Jugendlichen zu faul wären, sondern weil das Angebot der Arbeitgeber zu klein ist.

Sebastian Weber

Wenn sich Jugendliche in den Ferien ihr Taschengeld aufbessern wollen, dann kann es sein, dass sie sich an eine Jobbörse wenden. So können sie erste Erfahrungen im Berufsleben sammeln. Einen solchen ersten Schritt in die Arbeitswelt bot seit Sommer 2012 auch die Kinder- und Jugendfachstelle Region-Langenthal (Tokjo) an. Ihre Jobbörse richtete sich an Jugendliche ab 13 Jahren. Letzte Woche aber nun teilte Tokjo auf ihrer Website mit, dass das Angebot eingestellt worden sei.

Tokjo steht den Jugendlichen auch weiterhin bei der Jobsuche beratend zur Seite.

War also das Interesse zu gering? Matthias Ott von Tokjo verneint: «Die Jugendlichen haben sich sehr wohl für die Jobbörse interessiert.» Doch leider habe es für sie zu wenig Angebote von Privatpersonen oder Firmen gegeben. Die Jugendlichen in der Kartei zu behalten, ohne Aussicht auf einen Job, das sei aber ungerrecht, findet Ott. Weshalb sich Tokjo entschlossen habe, das Angebot zu streichen. «Wir wollen den Jugendlichen nicht Hoffnung machen und sie dann aber enttäuschen müssen.» Die Vermittlungsquote sei einfach zu gering.

Grosser Aufwand

Am Anfang habe Tokjo noch mehr Jobs anbieten können, erzählt Matthias Ott. Zu Spitzen-



Tokjo vermittelte unter anderem Jobs zum Hundesittern. Foto: Thomas Peter

zeiten hatte sie rund 75 Jugendliche in ihrer Datenbank registriert. Bald einmal machte sich aber eine Abwärtstendenz bemerkbar. Schon vor drei Jahren schrieb diese Zeitung, dass sich nur für knapp die Hälfte der damals rund 50 registrierten Jugendlichen ein Job finden liess. Weil eben das Angebot von Arbeitgebern noch zu klein war. Doch die Situation ist seither nicht besser geworden. Im Gegenteil: Das Ungleichverhältnis sei danach sogar eher noch grösser geworden, sagt Matthias Ott.

Serie Jung und aktiv

Tokjo hat in den letzten Jahren gleich mehrere Reaktivierungsversuche gestartet. So habe man zum Beispiel Flyer verteilt, sagt Ott. Auch in den Dorfzeitungen sei man präsent gewesen. «Der Aufwand, um neue Jobanbieter zu finden, war relativ gross.» Jeder Reaktivierungsversuch habe zwar kurzfristig eine Verbesserung gebracht, die Nachfrage sei aber jeweils rasch wieder abgeflacht. Klassische Arbeiten, die Tokjo vermittelt hat, waren zum Beispiel Rasenmähen, Keller-räumungen oder Baby- sowie Hundesitting.

Es gibt noch Hoffnung

In dieser Form könne die Jobbörse nicht mehr weitergeführt werden, teilt Tokjo mit. Ganz gestorben ist das Angebot damit aber noch nicht. «Wir pausieren vorerst nur», sagt Ott. Es gebe immer noch die Hoffnung, die Börse irgendwann wieder reaktivieren zu können. Wann und in

welcher Form, das sei zum heutigen Zeitpunkt aber noch komplett offen. Ein Neustart noch in diesem Jahr sei jedenfalls unrealistisch, so Ott.

Tokjo steht den Jugendlichen auch weiterhin bei der Jobsuche beratend zur Seite, etwa wenn es um Vertragsausarbeitungen geht. Zudem tritt die Kinder- und Jugendfachstelle weiterhin selbst als Arbeitgeberin auf und bietet den Jugendlichen kleinere Jobs an. Pendente Anfragen für die Jobbörse werden übrigens noch abgeschlossen. Zuletzt waren in der Datenbank 40 Jugendliche registriert.

Jobbörsen leiden

Dass es Jobbörsen schwer haben, mit dieser Erkenntnis steht Tokjo übrigens nicht allein da: So wurde zum Beispiel in Bettenhausen vorigen Sommer eine Jöbli-App für Jugendliche lanciert. Auch diese harzt aber, weil die Nutzer respektive die Anbieter fehlen (wir berichteten).

Und auch die Jobbörse der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Region Herzogenbuchsee serbelt schon seit längerer Zeit. Sie vermittelt derzeit, wie eine Nachfrage zeigt, keine Jobs.

Serie Ungezogen, faul, desinteressiert: Immer wieder sehen sich Jugendliche denselben pauschalen Vorwürfen ausgesetzt. Dabei zeichnen gerade die aktuellen Klimademonstrationen ein ganz anderes Bild der Jungen auch in der Schweiz. Ob im Ferienjob, im Verein oder für die Umwelt: In einer kleinen Serie zeigen wir in den nächsten Wochen in loser Folge Beispiele einer Generation, die sich sehr wohl zu engagieren weiss. (khl)

Eine verbindliche Strategie fürs Gasnetz

Langenthal Nach der Mitwirkung wurde das Planwerk zum Richtplan Energie angepasst.

Insgesamt 13 Eingaben sind im Frühjahr eingegangen zum kommunalen Richtplan Energie der Stadt Langenthal. Inzwischen sind die Mitwirkungen ausgewertet – und das Planwerk ist entsprechend angepasst worden. Wobei neu auch die Eignerstrategie IBL sowie eine Strategie Gasversorgung Einzug gefunden haben in den Massnahmenkatalog, mit dem die Stadt den Energieverbrauch in Langenthal im Strom- und Wärmebereich bis 2035 erheblich reduzieren will.

Das hatten insbesondere die Grünen Langenthal und ihre Regionalpartei, die Grünen Oberaargau, in der Mitwirkung explizit gefordert. Ihre Kritik: Ohne konkrete Forderungen an die IB Langenthal AG (IBL) als städtische Energiedienstleisterin würde die Energiewende nicht erreicht. Zumal sich der Erdgasanteil bei der Wärmeversorgung in Langenthal heute noch immer auf stolze 63 Prozent beläuft.

Die Eingaben aus der Mitwirkung, schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung, seien denn auch der Grund, weshalb die beiden genannten Strategien als weitere Massnahmen nun

ebenfalls im Richtplan festgelegt worden seien.

Eine neue Eignerstrategie: Sie wäre dereinst so oder so in Angriff genommen worden. So war es bisher zumindest im Erläuterungsbericht zum Richtplan vermerkt. Erst durch die Aufnahme in den Massnahmenkatalog, er-

Der angepasste Richtplan ist zur kantonalen Vorprüfung freigegeben worden.

klärt die städtische Umweltbeauftragte Christine Hauert, werde diese Absicht aber auch tatsächlich zum behördenverbindlichen Vorhaben. Als sogenannte kurzfristige Massnahme definiert, sei der Gemeinderat demnach verpflichtet, in den nächsten fünf Jahren eine entsprechende Strategie zu erarbeiten.

Wobei ein Ergebnis bereits früher erwartet werden dürfe, wie Umweltminister Pierre

Masson (SP) ergänzt: Gemäss den aktuellen Regierungsrichtlinien sei die Erarbeitung einer Eignerstrategie IBL schon bis Ende 2020 vorgesehen.

Fünf bis zehn Jahre Zeit gibt sich der Gemeinderat indes bezüglich der Erarbeitung einer Strategie für die Gasversorgung. Sie wurde als mittelfristige Massnahme festgelegt. Gemäss Richtplan will die Stadt den Anteil erneuerbarer Energien im Wärmebereich von heute 3 Prozent auf deren 25 im Jahr 2035 erhöhen. Die Grünen verlangten in ihrer Mitwirkung eine Steigerung auf 50 Prozent – und die totale Abkehr von der Erdgasversorgung bis 2040. Inwieweit ihren Forderungen Rechnung getragen wird, wird sich zeigen.

«Stossrichtung positiv»

Von der Stossrichtung her sei die Aufnahme der beiden Strategien als zusätzliche Massnahmen im Richtplan sicher als positiv zu werten, sagt Fredy Lindegger, Präsident der Grünen Langenthal und von deren Oberaargauer Regionalpartei. «Aber im Moment ist es einfach nur Papier. Der Weg zum Ziel ist lang und

das Tempo unserer Meinung nach nicht besonders hoch.»

Entscheidend werde nun sein, wer in den Arbeitsgruppen Einsitz und damit Einfluss auf die Strategien nehmen werde, gibt Lindegger zu bedenken. In den entsprechenden Massnahmenblättern sind als Beteiligte «Stadt, Energieversorger» aufgeführt. Würden einzig IBL und Stadt Einsitz nehmen in den Arbeitsgruppen, sagt Lindegger, könne man die Übung auch sein lassen. Zumal die IBL schon bei der Erarbeitung des Richtplans eine massgebende Rolle gespielt habe und zu erwarten sei, dass Stadt und Energieversorgerin vornehmlich wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund stellen würden.

Der angepasste Richtplan Energie ist inzwischen zur kantonalen Vorprüfung freigegeben worden. Diese beanspruche in der Regel einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten, sagt Christine Hauert. Erst danach soll im Rahmen einer neuen Auflage des Richtplans auch der Mitwirkungsbericht öffentlich einsehbar sein.

Kathrin Holzer

Diesmal mit Bewilligung

Hasle Der Kiesabbau läuft wieder an.

Das Regierungsstatthalteramt Emmental hat der Fr. Blaser AG die fehlende Baubewilligung für den Kiesabbau im Erweiterungsgebiet Dicki nachträglich erteilt, der Betrieb kann ab sofort wieder aufgenommen werden. Das teilt die Gemeinde Hasle mit.

Der Abbau im Dicki ist seit 2008 mit einer Überbauungsordnung (UeO) geregelt. Im Dezember 2018 stellte die Fr. Blaser AG fest, dass für die seit 2013 laufende Abbautätigkeit neben der UeO zwar eine Gewässerschutzbewilligung des Kantons, aber keine Baubewilligung vorliegt. Aus diesem Grund stoppten die Verantwortlichen der Firma den Abbau von sich aus und orientierte die Behörden über die fehlende Grundlage (wir berichteten).

«Positive Stellungnahmen»

In der Folge reichte die Fr. Blaser AG auf Aufforderung des Regierungsstatthalteramts und der Gemeinde ein Baugesuch ein. Dieses wurde im März 2019 öffentlich aufgelegt und jetzt bewilligt, «gestützt auf die positiven Stellungnahmen der kantonalen Fachstellen», wie der Mitteilung zu entnehmen ist. Die Gemeinde



Die Arbeiten ruhten seit letztem Winter. Foto: Raphael Moser

hat den seit Dezember 2018 geltenden Abbaustopp aufgehoben. Die Fr. Blaser AG werde die Arbeiten im Dicki in den nächsten Tagen aufnehmen und dafür «den temporär forcierten Abbau» in der Kratzmatt (Gemeinde Landiswil) wieder normalisieren.

Die Kiesreserven in der UeO Dicki reichen noch für rund 4 Jahre. Danach will die Fr. Blaser AG den Kiesabbau im westlich angrenzenden Gebiet Grossacher erweitern. Die Unterlagen zu diesem Projekt sollen im Herbst 2019 öffentlich aufgelegt und im Frühling 2020 an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung den Stimmberechtigten von Hasle vorgelegt werden.

Cornelia Leuenberger